

Was kommt jetzt auf die Bevölkerung zu ?

Dominique Strauss-Kahn, Direktor des Internationalen Währungsfonds, erklärte kürzlich in Berlin, dass jetzt – nach der Phase der Finanz- und der Wirtschaftskrise – die dritte Phase der Krise beginne: die hohe Arbeitslosigkeit.

Im Herbst und Winter 2009 wird es zum arbeitsmarktpolitischen Offenbarungseid kommen. Nach Einschätzungen der Bundesagentur für Arbeit werden die im Juni 2009 registrierten 1,4 Millionen Kurzarbeiter im Winter offiziell arbeitslos sein.

Im ersten Halbjahr 2009 gab es 16 650 Unternehmensinsolvenzen mit 254 000 vernichteten Arbeitsplätzen. Für das zweite Halbjahr 2009 werden weitere 18 500 Pleiten erwartet – mit etwa 300 000 betroffenen Arbeitsplätzen.

Fast zwei Drittel der Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten wollen Stellen abbauen. Im Winter 2009/2010 dürfte die offizielle Arbeitslosenzahl die Marke von fünf Millionen übersteigen. Nimmt man die durch Statistiktricks wegmanipulierten Arbeitslosen hinzu, dann dürfte die wahre Arbeitslosigkeit weit über sechs Millionen liegen. Die Bundesagentur rechnet für 2010 mit einem Anstieg der Hartz-IV-Empfänger um fast eine halbe Million Menschen. Bis 2013 werden nach den Planungen der Bundesregierung für das Arbeitslosengeld 34,5 Milliarden Euro mehr ausgegeben.

Allein 2009 fehlen den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden 45 Milliarden Euro. Bis Ende 2012 addieren sich die Steuerausfälle auf 316 Milliarden Euro. Allein der Bund muss mit 185 Milliarden Euro geringerem Steueraufkommen rechnen. 2009 muss der Bund 47,6 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen.

Die gesamte Staatsverschuldung steigt 2009 um 126 Milliarden Euro auf über 1,7 Billionen Euro. Bis 2013 wird die gesamte öffentliche Verschuldung – Bund, Länder, Gemeinden, Sonder-

vermögen – um ein Drittel auf über zwei Billionen Euro steigen. Für die 2008 angesammelten Schulden von über 1,5 Billionen Euro musste die Öffentliche Hand 67 Milliarden Euro an Zinsen zahlen. Für die Schulden im Jahr 2013 werden es dann pro Jahr ca. 90 Milliarden Euro sein.

Die Staatsausgaben sollen drastisch gekürzt werden und es ist absehbar, dass die Steuern ebenso drastisch angehoben werden. Die so genannte Schuldenbremse, jetzt beschlossen, ist vor allem eine Bremse für die sozialen Rechte und Leistungen.

Absehbar sind:

- Kürzungen der Arbeitsmarktprogramme der Agentur für Arbeit.
- Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung. Trotz allen Geredes von der Rentengarantie läuft es darauf hinaus, Renten zu senken.
- Gesetzliche Krankenversicherung: Vor allem die Beschäftigten sollen die Last der ausfallenden Gelder tragen.

Zu erwarten ist ein Umbau der Sozialsysteme, der dazu führt, dass es sie so wie bisher nicht mehr geben wird. Es ist schon jetzt erkennbar, dass die hier und da als Ballon gestarteten Debatten zur Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 25 Prozent zu realen Entscheidungen in dieser Größenordnung führen werden.

Wie wird dies die Lebensverhältnisse verändern?

Wir erklären: Diese und die anderen „Lösungen“ der Krise im Interesse der Banken und großen Konzerne führen zu einer sozial- und demokratiefeindlichen sowie friedensgefährdenden Politik. Dagegen muss es darum gehen, Lösungen durchzusetzen, die den Interessen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung entsprechen.

Angesichts dieser Fakten wird mehr als deutlich, dass der außerparlamentarische Kampf verstärkt werden muss, um das Kräfteverhältnis zu verändern und einen Politikwechsel in diesem

Land durchzusetzen. Das erfordert die Durchsetzung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die im Sinne der Beschäftigten, Erwerbslosen, Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfänger und ihrer Familien gestaltet wird.

Für internationale Konflikte müssen Friedenslösungen erreicht werden – bei Wahrung der gleichberechtigten Interessen aller beteiligten Völker und Nationen. Natur und Umwelt müssen entsprechend geschützt, bewahrt und so erneuert werden, dass künftigen Generationen ein ökologisch intakteres System hinterlassen werden kann.

Demokratie darf nicht zur Worthülse und Monstranz verkommen. Sie muss die tatsächliche Einbeziehung und Mitwirkung der Menschen in Entscheidungsprozessen garantieren. Es gilt, Mehrheitspositionen um- und durchzusetzen und dies demokratisch zu kontrollieren. Politik muss das oberste Ziel haben, Verhältnisse zu schaffen, unter denen alle Menschen in Würde leben können.

Aber der Kapitalismus ist nicht in der Lage, die Bedürfnisse, Leistungen und Interessen der übergroßen Teile der Bevölkerung zu entwickeln und zu garantieren, soziale Sicherheit zu schaffen. Auch nicht, wenn er als „Marktwirtschaft“ oder „regulierte“ oder „soziale Marktwirtschaft“ umschrieben wird. Dieses System plündert die Mehrheit der Menschen aus, um die Kosten der Krise zu finanzieren.

Wir müssen jetzt mit dafür sorgen, dass endlich eine gesellschaftliche Debatte über die bestehenden ökonomischen, sozialen sowie politischen Verhältnisse und vor allem über Alternativen beginnt.

Der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte!

Text gekürzt. Mehr unter: www.dkp.de

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



**Rote Fahnen
sieht man
besser!**

Jetzt kostenlos 10 Wochen testen!

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de